

Fraktion *Bündnis 90 / Die Grünen* im Gemeinderat zum Haushaltsplan der Stadt Walldorf für das Jahr 2012 :

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrte Frau Staab,
Werte Kolleginnen und Kollegen,

Eduard Mörike hat einmal geschrieben:
„Wer aufgehört hat, besser zu werden, hat aufgehört, gut zu sein“.

Dieses Zitat gibt viele unserer politischen Ansätze als Grüne hier in Walldorf wieder! Nach dieser Prämisse arbeiten und handeln wir, schon seit wir hier im Gemeinderat sind - denn es gibt nichts, was nicht noch zu verbessern wäre. Eines ist sicher, nein nicht die Rente, wie jetzt viele wohl gedacht haben, unser Leben, unsere Gesellschaft ist permanenten Änderungen, dauernden Wechseln ausgesetzt, denken sie nur an die Wirtschafts- und Finanzkrise - und hier in Walldorf denken wir dabei ganz besonders an die gebeutelten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Heidelberger Druckmaschinen, wo die erneute Konsolidierung, so nennt man das beschönigend, wieder 2000 Arbeitsplätze kosten werden. Und dabei ist noch nicht einmal sicher, ob dies der letzte große Einschnitt gewesen ist.

Werte erhalten - Zukunft gestalten

Vorhandenen Unwägbarkeiten in der europäischen Finanzpolitik - Staatspleiten, Euro-Schwäche, Euro-Bonds ja oder nein, Konjunkturabschwächung, Rezessionsängste - werden wir auch noch in den nächsten Monaten gegenüber stehen! Und wieder einmal der Ruf nach schärferer Finanzmarktkontrolle!

Erneut werden auch die deutschen Steuerzahler zur Rettung der Banken hohe Lasten übernehmen müssen. Es geht in der derzeitigen Krise nicht um die Rettung des Euro - der ist stabil. Es geht um die Rettung der europäischen Kreditwirtschaft, also der Banken. Diese Lasten werden sich auf die Konjunktur und auf die Kommunalfinanzen auswirken. Und sie werden letztlich von den Bürgerinnen und Bürgern zu tragen sein.

Aber nicht nur in der Finanzwirtschaft gibt es eine Schuldenkrise! In der Summe leben wir Menschen über unsere Verhältnisse auf Kosten der Natur und verschulden uns bei ihr. Zwischen 1980 und 2002 wären Analysen zu Folge 2,5 Planeten Erde nötig gewesen, um den gigantischen Verbrauch und Raubbau zu decken. Verantwortung dafür tragen fast allein die westlichen Industriegesellschaften. Die Rückzahlung dieser ökologischen Schulden muss

jedoch die gesamte Menschheit leisten und bringt sich damit in große Schwierigkeiten. Deshalb nutzen wir Grüne auch diese Haushaltsberatungen, wie alle vorherigen, damit die Stadt einen Beitrag zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen erbringt. Global denken - lokal handeln hat sich bewährt, ist ein Schritt in die richtige Richtung und daran muss akribisch weiter gearbeitet werden.

Wir verlassen uns schon lange auf gut sprudelnde kommunale Steuereinnahmen! Der alte Spruch von Ludwig Erhard: „Maß halten“ - Er gilt in schlechten, wie in guten Tagen, um nicht zu viele Lasten für die Zukunft anzuhäufen, aber davon haben wir uns in Walldorf schon lange entfernt! Deshalb ist es gut, dass im kommunalen Baubereich vorerst ein wenig Ruhe einkehrt, dass nicht gleich an neue Projekte gedacht wird, wenn ein anderes gerade eröffnet, eingeweiht oder ein Spatenstich gemacht wurde. Sicher hat das auch was mit den neuen Rathausspitzen zu tun, die sich selbst erst einarbeiten, eingewöhnen und mit neuen Sachverhalten vertraut machen müssen.

Unsere dauernden, nicht enden wollende Warnungen vor ungezügelter Ausgaben und einem Konzert der Wünsche - wir sehen sie durchaus als berechtigt an, auch und gerade weil unsere Finanzsituation eine bessere, eine unvergleichbare, eine einzigartige ist. Beispiele von negativen Folgen eines Ausgabenbooms von Kommunen, die langfristig von den Folgekosten bei sich ändernden Rahmenbedingungen erdrückt wurden, gibt es genug in der BR, vor allem dann, wenn man von einem einzigen Steuerzahler abhängig ist. Denken sie nur an Ludwigshafen, um nicht ganz so weit weg zu gehen. Oder ganz nah, an Wiesloch, die Abhängigkeit von HDM, hier reicht schon ein Komplex wie der Palatin, um eine Kommune finanziell in die Knie zu zwingen.

Hätte es in Baden-Württemberg letztes Jahr nicht Landtagswahlen gegeben, mit dem bekannten Ergebnis einer grün-roten Regierung, Wiesloch müsste sich möglicherweise den Haushalt vom RP diktieren lassen. Dieser Wechsel hat dazu geführt, dass alle Kommunen in Ba-Wü ab 2012 mehr Geld vom Land erhalten, nicht nur Wiesloch, das war dort die Rettung, nein auch wir in Walldorf profitieren davon.

Herr Sauer, sie äußerten vorhin, gespannt zu sein, was die neue grün-rote Landesregierung liefert, bitte schön, hier einige Beispiele,

die finanziellen Verbesserungen aus dem aktuellen Finanzausgleich des Landes betragen für Walldorf in 2012 ca. 1,25 Mio. €:

1. eine erhöhte Kita-Förderung von ca. 633.000 €

2. die ermäßigte Gewerbe-Steuerumlage in Höhe von 377.000 €
3. eine erhöhte Investitionszuschuss von 185.000 €
4. und Mittel aus der Schulsozialarbeit von 50.000 €.

Auf der Grundlage dieser finanziellen, derzeitigen und hoffentlich langfristig so bleibenden, Situation halten wir es dennoch für wichtig, dass sich der Gemeinderat, bei allem Respekt vor unterschiedlichen politischen Schwerpunkten, auf eine gewisse Linie verständigt! Diese Linie sollte unseres Erachtens geprägt sein von einer umfassenden Nachhaltigkeit, von einem schonenden Umgang mit unserer Umwelt und er muss die Bürger einbeziehen, **rechtzeitig, so früh wie möglich** - und nicht erst wenn schon Vorentscheidungen gefallen sind, wie jetzt z. B. bei einer möglichen Öffnung der Hauptstraße - auch ganz speziell nach einem Bürgermeister-Wahlkampf der immer wieder die Beteiligungsrechte von Bürgerinnen und Bürgern hervorgehoben hat. Da, das sagen wir so offen, haben wir von Ihnen, Frau Staab, **mehr erwartet** - aber was nicht ist, noch nicht ist, kann ja noch werden!

Wir stellen uns dieser gemeinsamen Verantwortung! „Wie so oft gibt es - je nach Blickwinkel - mehrere Wahrheiten.“

Und wir wollen die Stadt zukunftsfähig machen durch

- **Investitionen in Klimaschutz und Energieeinsparung und in den Schutz unserer Natur**

Mit einem verbesserten Energiemanagement, Sanierungen und objektbezogenen baulichen Maßnahmenpaketen zur energetischen Optimierung an städtischen Gebäuden kann Energie eingespart werden. Durch die geringeren Energiekosten amortisieren sich die Investitionen - und natürlich wird der Schadstoffausstoß gesenkt. Ein Modell für das wir mehr Mittel einsetzen wollen. Wir stellen uns vor ein Energieeinsparprogramm für private Hauseigentümer zur energetischen Sanierung von Altbauten einzurichten, weil damit auch privates Kapital investiert wird und somit das örtliche Gewerbe eine umfassende Förderung erfährt. Die beste Energie ist die, die gar nicht erst erzeugt werden muss, hier sehen wir im Zeichen der Energiewende noch Nachholbedarf.

Wir meinen, es ist dringend notwendig und wird von uns schon seit beinahe Jahrzehnten gefordert, dass genug Geld für Sanierungen und Investitionen in den Bestand ausgegeben wurde. Unter energetischen Gesichtspunkten sind wir trotz Energie-Award und anderen Titeln noch ganz weit hinten.

Auch das geht zu Lasten der nachfolgenden Generation. Grünes Ziel für die Zukunft ist deshalb: So viel Investitionen wie möglich in die Substanz, in den Erhalt des Vermögens.

Eine Stadt wie Walldorf, mit dieser hervorragenden Infrastruktur, mit dieser Kapitalausstattung, mit diesem Standard der Kinderbetreuung und diesen modernen Schulen ist so attraktiv für Familien und Unternehmen, das Investitionen in diese Bereiche durchaus ein zentraler Beitrag zur Verstetigung weiterer Einnahmen leisten.

2007 haben wir - zum wiederholten Mal - den Antrag gestellt, für Gebäude im städtischen Besitz die strukturellen Voraussetzungen für ein Energiemanagement zu schaffen, um nicht nur Geld zu sparen, sondern auch Energie, um zumindest im Ansatz unsere hohen Klimaschutzziele zu erreichen.

Der erste Anfang scheint nun 2012 mit der Einrichtung der Stelle eines Energiemanagers gemacht.

Auf anderen Feldern, die von Grünen angeregt wurden und bei denen sich grüne Ideen längst in die Köpfe und Herzen der Stadträtinnen und Stadträte anderer Fraktionen eingenistet haben, sehen wir Nachholbedarfe:

z. B. bei den Stadtwerken Walldorf.

Argumente, die nach wie vor für eigene Stadtwerke sprechen:

- Stärkere Ausprägung des Aspekts der Daseinsvorsorge in der Energieversorgung - Fortführung der deutschen Tradition, wonach die Grundversorgung (bspw. Wasserversorgung) in öffentlichem Eigentum ist.
- Dezentralisierung und Demokratisierung der Energieversorgung mit auf Dauer garantierter Dominanz der Kommunen in der Gesellschaft.
- Stärkung der kommunalen Finanzstrukturen durch Vermögensbildung und Abgabensicherung - der Gewinn aus dem Netzbetrieb verbleibt künftig vor Ort in der Kasse der jeweiligen Kommune - wird mit dem Badebetrieb verrechnet
- Stützung der örtlichen Wertschöpfung durch Auftragsvergaben und Bereitstellung von Arbeitsplätzen vor Ort.
- Stärkung einer lokalen Energiepolitik durch Ausbau dezentraler Versorgungsstrukturen.

Unser Ziel war und ist es immer noch, hier eine Energieversorgung zu erreichen, die irgendwann vollkommen regenerativ ist und wo schon bald kein Atomstrom mehr vorkommen soll.

Und dieses Ziel wurde wieder deutlicher und größer, ganz besonders durch die Mahnung durch

den 11.03.2011, durch Fukushima!

Am 11. März letzten Jahres begann, ausgelöst von einem Erdbeben und einem Tsunami, die Reaktorkatastrophe in Fukushima. Die Ereignisse in Japan zeigen, dass es sichere Atomkraftwerke nicht gibt und auch nicht geben kann. Die Betreiberfirma Tepco und die japanische Regierung haben es innerhalb eines Jahres nicht geschafft, die beschädigten Reaktoren zu stabilisieren.

Mit der Reaktorkatastrophe von Fukushima wurde auf schockierende Art und Weise die Unkontrollierbarkeit der Atomenergie veranschaulicht. Bis heute sind Unmengen radioaktiven Wassers ins Meer gelangt und die Region rund um die Atomanlage wird für Jahrhunderte verstrahlt sein.

Die Katastrophe in Japan führte zur Entscheidung des Deutschen Bundestages vom 30. Juni 2011, die erst im Herbst 2010 beschlossene Laufzeitverlängerung der CDU-FDP Koalition rückgängig zu machen, acht Kernkraftwerke dauerhaft abzuschalten und die übrigen neun spätestens zu bestimmten Zeitpunkten dauerhaft abzuschalten. Diese atompolitische Kehrtwende fordert alle, global und lokal, den Energieverbrauch fortwährend im Fokus zu haben, ihn zu verringern oder regenerativ zu erzeugen.

Erst ca. 5% des in Walldorf verbrauchten elektrischen Stroms wird durch private und städtische Investitionen vor Ort erzeugt (Blockheizkraftwerk und Photovoltaik). Große Potentiale der Eigenstromerzeugung liegen in unserem Industriegebiet. Damit sind konkret die Dächer der Gebäude unserer Walldorfer Unternehmen gemeint und die Möglichkeit dort ein Biomasse-Heizkraftwerk zu installieren.

Für den Gemeinderat und den Aufsichtsrat der Stadtwerke muss es eine Herausforderung sein, diese Potentiale zu erschließen und zielorientiert in diesem Bereich zu agieren.

Kinderbetreuung: Auch hier wurde vieles bewegt: Früher hieß es noch, die Familie allein sei zuständig. Durch die radikalen Änderungen unserer gesellschaftlichen Verhältnisse, gab es hier dringende Nachholbedarfe und den Druck eine allumfassende Kinderversorgung, konkret den ganzen Tag über anzubieten. Mit dem Bau der neuen sozialen Mitte werden wir einen optimalen Versorgungsgrad erreichen. Uns freut hier ganz besonders, dass es eine private Initiative gibt, die schrittweise immer größer wurde und heute einen guten Teil der Kinderbetreuung abdeckt - den Verein Zipfelmützen. Die Zeiten, in denen

Eltern händeringend nach einer guten Kinderbetreuung gesucht haben, damit sie Familie und Erwerbstätigkeit vereinbaren können, ist vorbei.

Eine Stadt ist zukunftsfähig durch

- **Investition in Schulhäuser, Kitas, Betreuung und Sprachförderung**

Die neue Landesregierung kämpft um Schuldenbegrenzung und Investitionen in eine neue Bildungspolitik - natürlich ist es wünschenswert, das alles schneller, am besten sofort zu machen. Mittagessen an Grundschulen, Kleinkindbetreuung, Orientierungsplan - die Anforderungen sind enorm.

Es wird genauso sein wie 58 Jahre zuvor, dass wir als Kommune einen natürlichen Druck aufbauen müssen, damit im Endeffekt eine angemessene Landesförderung dabei herauskommt.

Wir wollen unsere Stadt weiter zukunftsfähig machen durch

eine attraktive Kulturlandschaft, wo traditionelles gehegt und neues geschaffen werden kann. Wir setzen auf die Förderung des vielfältigen kulturellen Angebots der kleineren Kulturträger, der kleinen Theater hier in Walldorf, wir unterstützen das Kulturangebot des JUMP, auch des Zeltspektakels, auch wenn es nicht oder nicht mehr jugendgerecht ist - die Besucherscharen rechtfertigen dies. Und - wenn man sich im Umfeld umsieht, gibt es Dinge, die auch in Walldorf zu realisieren wären - Kleinkunst übers Jahr, Kabarett, Comedians, Liedermacher - hier gibt es noch was zu tun, gilt es eine Lücke zu füllen.

Zum städtischen Vermögen gehören Parkanlagen und Wege, Spielplätze und Bäume, die für das extrem wichtige Gut „Luftqualität“ sorgen. Der Wald mit seiner wichtigen Erholungsfunktion gehört ganz besonders dazu. Wir wollen auch in dieses Vermögen investieren, damit die Stadt langfristig lebenswert bleibt und sagen ganz deutlich und entschieden - kein Baum darf mehr fallen für Sportplätze. Der Bedarf an Sportplätzen für unsere Bevölkerung ist gedeckt, den künstlich geschaffenen Bedarf von Kindern und Jugendlichen von außerhalb zu decken, darin sehen wir keine Verpflichtung!

Ich habe es vorhin schon angesprochen, Bürgerinnen und Bürger wollen beteiligt werden, zumindest wenn es ihren unmittelbaren, direkten Lebensraum betrifft. Es müssen hier auch keine neuen Konzepte entwickelt werden, man kann bewährte, erfolgreiche Konzepte anderer Kommunen übernehmen. Seit Jahren gibt es schon

Stadtentwicklungsprogramme, kurz STEP

genannt, bei welchen die Bewohner einbezogen werden, z. B. in Konstanz. Auf viele Themen und kleinere Maßnahmen vor Ort werden wir von Bürgerinnen und Bürgern schon jetzt immer wieder aufmerksam gemacht. Deshalb wünschen wir uns ein Stadtentwicklungsprogramm und werden im laufenden Jahr Anträge stellen um Bürgerbeteiligungsprozesse in unserer Stadt einzuführen. Kleinere Summen für Projektmittel werden hier sicher ausreichen. Die Stadtentwicklungsprogramme sind das Ergebnis eines jahrelangen Entwicklungsprozesses an dem sich Bürger und Bürgerinnen intensiv beteiligen. Ein solches **Stadtentwicklungsprogramm** formuliert für alle Bereiche des städtischen Lebens Leitlinien, in welche Richtung sich die Stadt z.B. bis zum Jahr 2020 entwickeln will.

Das betrifft die Bevölkerungsentwicklung und den demografischen Wandel, zuerst natürlich unsere konkrete hier in Walldorf, aber auch in der Region, die Weiterentwicklung

von Natur und Umwelt,
von Arbeit und Wirtschaft,
von Bildung und Wissenschaft,
von Familie, Jugend, Soziales und Gesundheit,
von Freizeit, Sport und Kultur,
von Bürgerbeteiligung und Finanzen und
ja auch davon, von Tourismus.

Wir wollen unsere Stadt zukunftsfähig machen durch

- **Investitionen in die soziale Infrastruktur und die Abfederung des demografischen Wandels**

Altersarmut, zunehmende dementielle Erkrankungen, das Leben im Alter ohne die Unterstützung der Familie und eine wachsende Zahl pflegebedürftiger Walldorferinnen und Walldorfer, auch aus unterschiedlichen Herkunftsländern und Kulturkreisen - dies sind gesellschaftliche Veränderungen, auf die eine Kommune regieren muss. Investitionen, um diesen Problemlagen zu begegnen, sind unumgänglich. Hier erinnern wir an unsere Forderungen der vergangenen Jahre -

Schulen, Kindergärten, Kirchen sind wichtige Anlaufstellen für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Hier werden belastbare Netzwerke zwischen den Bewohnern geknüpft und das bürgerschaftliche Engagement in unserer Stadt gestärkt.

Auch diese Strukturen wollen wir fördern und begrüßen deshalb die Initiative aus dem Umfeld des ev. Kindergartens und der Kirche in Walldorf im Sinne eines Familienzentrums aktiv zu werden.

Wir wollen die Stadt zukunftsfähig machen durch

- **Investitionen ins Personal**

Wenn die organisatorischen Abläufe im Rathaus, der Verwaltungsaufbau, geändert werden, ist dies primär natürlich eine Aufgabe der Verwaltung und des Bürgermeisters. Bei damit einhergehenden Personaländerungen ist dann schon wieder der Gemeinderat beteiligt. Deshalb sollten solche Dinge in offenen und transparenten Prozessen ablaufen. Und vor allem die Mitarbeiter sind frühzeitig einzubeziehen. Ohne motiviertes und gesundes Personal funktioniert eine Verwaltung nicht. Es gibt Bereiche mit problematischer Personalgewinnung und -erhaltung. Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zur Abmilderung des demografischen Wandels sind deshalb frühzeitig anzugehen

Wir schließen uns zum Schluss den Dankesworten der Vorredner an und bedanken uns ganz besonders bei allen ehrenamtlich Tätigen in unserer Gemeinde für die geleistete Arbeit, ohne die unser nachbarschaftliches Gefüge nicht funktionieren würde und bei den Steuer- und Gebührenzählern, die uns die politische Arbeit in der beschriebenen Form und mit den erwähnten Finanzmitteln erst ermöglichen.

Bündnis 90 / Die Grünen stimmen den Beschlussvorschlägen und somit dem HH-Entwurf 2012 zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!